



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder  
der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag  
- im Hause -

Berlin, 13. Januar 2023

## Internationale Grüne Woche in Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach zwei Jahren pandemiebedingter Unterbrechung findet vom 20. bis zum 29. Januar 2023 endlich wieder die Internationale Grüne Woche (IGW) in Berlin statt. Damit kehrt die große Verbrauchermesse und zugleich eindrucksvolle Leistungsschau der Land- und Ernährungswirtschaft zurück in die Hauptstadt. Auf <https://www.gruenewoche.de/de/> können Sie sich einen Überblick über die vielfältigen Aussteller aus Deutschland, Europa und der Welt verschaffen und einen Besuch bei Unternehmen aus Ihren Wahlkreisen planen.

Im Gegensatz zur IGW als Forum der innovativen, zukunftsfähigen Ernährungsbranche verbreitet der zuständige Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir, keine Zuversicht bei Verbrauchern und Landwirten. Auch nach mehr als einem Jahr am Kabinetttisch ist er noch nicht im Amt angekommen. Seine Politik besteht aus Ankündigungen und Andiskutieren von Themen in den Medien, ohne dass seine Initiativen im Bundesgesetzblatt ankommen.

Hierzu einige aktuelle Beispiele:

- **Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung:** Zwar hat Minister Özdemir einen Gesetzentwurf zur Einführung einer verpflichtenden staatlichen Tierhaltungskennzeichnung in den Bundestag eingebracht. Diese Kennzeichnung wird aber nicht mehr Transparenz, sondern weniger Vertrauen der Verbraucher und weniger Tierwohl bringen. So soll lediglich frisches Schweinefleisch gekennzeichnet werden, ohne die Verbraucher darüber aufzuklären, wo und wie das Ferkel aufgezogen wurde und ob es im Ausland betäubungslos kastriert worden ist, bevor es zur Mast nach Deutschland gekommen ist. Andere Tierarten wie Geflügel, Rind oder Lamm bleiben außen vor. Auch erfahren die Verbraucher nicht, wie die

### Steffen Bilger MdB

Stv. Fraktionsvorsitzender  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-72390  
F 030. 227-76353

steffen.bilger@bundestag.de  
www.cducusu.de

### Albert Stegemann MdB

Agrarpolitischer Sprecher  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-77155  
F 030. 227-70153

albert.stegemann@bundestag.de  
www.cducusu.de

### Artur Auernhammer MdB

Agrarpolitischer Sprecher der  
CSU-Landesgruppe im  
Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-78797  
F 030. 227-76797

artur.auernhammer@bundestag.de  
www.cducusu.de

Tiere gehalten wurden, deren Fleisch in verarbeiteten Produkten wie Wurst enthalten ist oder in Kantinen und Restaurants angeboten wird. Letzten Endes schadet Minister Özdemirs Vorschlag sogar dem Tierwohl in Deutschland, weil Fleisch aus dem Ausland nicht gekennzeichnet werden muss, es an einer umfassenden Herkunftskennzeichnung fehlt (Frankreich und Österreich haben diese – anders als Deutschland – eingeführt) und damit inländische Erzeuger erhebliche Wettbewerbsnachteile erleiden. Zudem drohen bereits bekannte und bewährte Kennzeichnungen der Privatwirtschaft wie die Haltungsform-Kennzeichnung des Handels oder die „Initiative Tierwohl“ von einem staatlichen Kennzeichen verdrängt zu werden. Angesichts der von der Bundesregierung völlig ungeklärten Finanzierung der Mehrkosten für einen besonders tierwohlgerichten Stallumbau und der fortbestehenden Hürden im Baurecht wird kein Landwirt in dieser Situation in innovative Ställe investieren.

- **Bezahlbare Lebensmittel:** Angesichts der hohen Inflation achten immer mehr Verbraucher beim Einkauf auf bezahlbare Lebensmittel. Der Blick geht vermehrt in Richtung der günstigen Eigenmarken der Handelsketten. Das merkt auch und gerade die Bio-Branche, wo erste Unternehmen aufgrund der eingebrochenen Nachfrage bereits vor der Insolvenz stehen. In dieser Situation muss Bundesminister Özdemir auf eine Angebotsausweitung bei Lebensmitteln setzen. Er tut aber das genaue Gegenteil, indem er wertvolle Ackerflächen für den Getreideanbau ab 2024 wieder stilllegen und innovative Pflanzenschutzmittel verbieten will sowie neue Züchtungsmethoden, die klimastresstolerante, wassersparende und schädlingsresistente Pflanzen hervorbringen, aus rein ideologischen Gründen ablehnt. Stattdessen bekundet er in Interviews seine Sympathie dafür, die Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte auf Null zu setzen. Dabei musste Cem Özdemir auf die Frage unserer Fraktion in der Regierungsbefragung zugeben, dass er dafür in der Ampel-Koalition keine Mehrheit hat. Wäre der Minister an seriösem Regieren interessiert, würde er zunächst einmal mit dem Bundesfinanzminister sprechen.
- **Kampf gegen Lebensmittelverschwendung:** In Deutschland werden rund 11 Millionen Tonnen Lebensmittel pro Jahr weggeworfen, die noch genießbar wären. Das sind pro Einwohner in Deutschland im Schnitt 78 Kilogramm. Mehr als die Hälfte der vermeidbaren Lebensmittelabfälle fallen nach wissenschaftlichen Erhebungen in den Privathaushalten an; nur sieben Prozent hingegen im Lebensmitteleinzelhandel. Doch statt auf mehr Verbraucherbildung zu setzen und jeden Einzelnen in die Verantwortung zu nehmen, will Bundesminister Özdemir, das sogenannte „Containern“ straffrei stellen. Dabei handelt es sich um das Eindringen auf das

– regelmäßig abgesperrte – Gelände von Supermärkten, um entsorgte, unverkäufliche Lebensmittel aus Müllcontainern zu entwenden. Aus unserer Sicht ist es aber falsch, hier den Eigentumsschutz generell einzuschränken. Denn dies wäre nichts anderes als ein Freibrief für das Eindringen in abgesperrte Bereiche. Auch Gesundheitsgefahren können damit verbunden sein. So können sich etwa Lebensmittel aus Warenrückrufen in den Abfallcontainern befinden, die mit Fremdkörpern wie Glas- oder Metallsplitter verunreinigt sein können. Solche Gefahren sieht man den Produkten oft nicht an. Die Supermärkte sind zudem Haftungsrisiken ausgesetzt, wenn Menschen nach dem Verzehr eines Lebensmittels aus Abfallcontainern erkranken. Deutsche Unternehmen spenden jedes Jahr bereits rund 300.000 Tonnen Lebensmittel an die Tafeln. Cem Özdemir betreibt also auch hier Schaufensterpolitik. Viel sinnvoller wäre es, in Brüssel auf eine Überarbeitung der Vorschriften für das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) – etwa bei langlebigen Produkten wie Nudeln oder Reis – hinzuwirken. Denn die aktuelle Regelung führt bei Verbrauchern immer wieder zu Missverständnissen und vermeidbarem, weil verfrühtem, Wegwerfen nach Ablauf des MHD. Doch der Bundeslandwirtschaftsminister wartet hier ab, obwohl nicht vor Sommer 2023 Reformvorschläge zum MHD aus Brüssel zu erwarten sind.

- **Pflanzenschutz:** Durch den Entwurf der EU-Kommission für eine neue Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) droht vielen Betrieben, zum Beispiel im Weinbau, durch vollkommen überzogene EU-Vorgaben das Aus. Cem Özdemir agiert in Brüssel schwach und zurückhaltend und erklärt lediglich, dass die Gebietskulisse, in der die SUR zur Anwendung kommen soll, nicht zu groß werden dürfe. Der Forderung einer Folgenabschätzung entzieht sich der grüne Minister. Das hat einen guten Grund: restriktive und sachfremde Vorgaben entsprechen dem grünen Programm.
- **Europäische Agrar- und Ernährungspolitik:** Deutschland isoliert sich unter Minister Özdemir in Brüssel zunehmend und ist der politische Bremsklotz. Abstimmungen zwischen Deutschland und Frankreich oder mit den EU-Staaten Osteuropas finden nur noch auf technischer Ebene statt. Statt für Mehrheiten in der EU zu werben, versucht es Minister Özdemir lieber über nationale Alleingänge und das Ordnungsrecht. So möchte er die Standards bei der Tierhaltung, unter anderem bei Puten oder Milchkühen, verschärfen sowie Tiertransporte einseitig national verbieten. Dieses „Greenwashing“ führt in der Konsequenz dazu, dass sich die Produktion lediglich in das Ausland verlagert.

Diese Beispiele zeigen: Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir schwächt das Vertrauen der Verbraucher und zerstört die Zuversicht der Landwirte in Deutschland. Zur IGW 2023 braucht es einen Minister, der für Landwirte und Verbraucher ernsthaftes Interesse zeigt. Weniger schnelle Schlagzeilen und dafür mehr konkrete Ergebnisse - das muss sich Minister Özdemir für 2023 dringend zu Herzen nehmen. Darauf warten 260.000 landwirtschaftliche Betriebe, 4,5 Millionen Beschäftigte in der Ernährungswirtschaft und 84 Millionen Verbraucher. Bislang hat er nur heiße Luft, Ankündigungen und Stückwerk produziert.

Mit freundlichen Grüßen



Steffen Bilger



Albert Stegemann



Artur Auernhammer